

Ägypten in der Reformkrise: Politischer Umbruch ohne wirtschaftliches Konzept

Juliane Brach

Am 26. Oktober 2011 wurde der ägyptische Finanzminister Hazem al-Beblawy in der Tageszeitung Al-Masry al-Youm mit folgenden Worten zitiert: „Wir erleiden keine Wirtschafts-, sondern eine Finanzkrise. Der Körper ist in Ordnung, er ist nur am verbluten“.

Analyse

Nur einen Monat vor den am 28. November 2011 beginnenden, ersten freien Wahlen bestätigte ein Mitglied des Kabinetts damit erstmals offiziell, dass Ägypten gravierende wirtschaftliche Probleme hat. Dabei offenbarte er deutlich das wahre Ausmaß der Reformkrise: Die politischen Akteure unterschätzen die Bedeutung der wirtschaftlichen Dimension und haben weder eine Vision noch ein Konzept für den wirtschaftlichen Wieder- und Neuaufbau ihres Landes.

- Die *ökonomischen* Probleme des Landes wie die geringe Produktivität, die eingeschränkte internationale Wettbewerbsfähigkeit und fehlende Arbeitsplätze sind strukturell. Diese lassen sich auch durch einen abrupten Machtwechsel nicht automatisch „kurieren“.
- Kurzfristig überwog in der jungen Generation die Euphorie über politische Teilerfolge gegenüber der Frustration über unverändert schlechte wirtschaftliche Perspektiven. Doch die Unzufriedenheit wächst zunehmend.
- Mittel- bis langfristig wird die Unterstützung des politischen Umbruchs viel mehr als bisher von einer spürbaren Verbesserung der Lebensverhältnisse für breite Teile der Bevölkerung abhängen. Eine wesentliche Herausforderung für Ägypten besteht darin, die bislang aufgeschobene umfassende Modernisierung ökonomischer Strukturen zeitgleich mit einer politischen Neuordnung einzuleiten und durchzuführen.
- Um in Zukunft eine ineffiziente Nutzung und Fehlallokation vorhandener Ressourcen zu vermeiden, müssen jetzt vor allem innergesellschaftlicher (Ideen)Wettbewerb und unternehmerische Innovationen wiederbelebt und systematisch gefördert werden.

Schlagwörter: Ägypten, Arabischer Frühling, wirtschaftliche Entwicklung, politökonomische Strukturen

Wirtschaftliche Situation

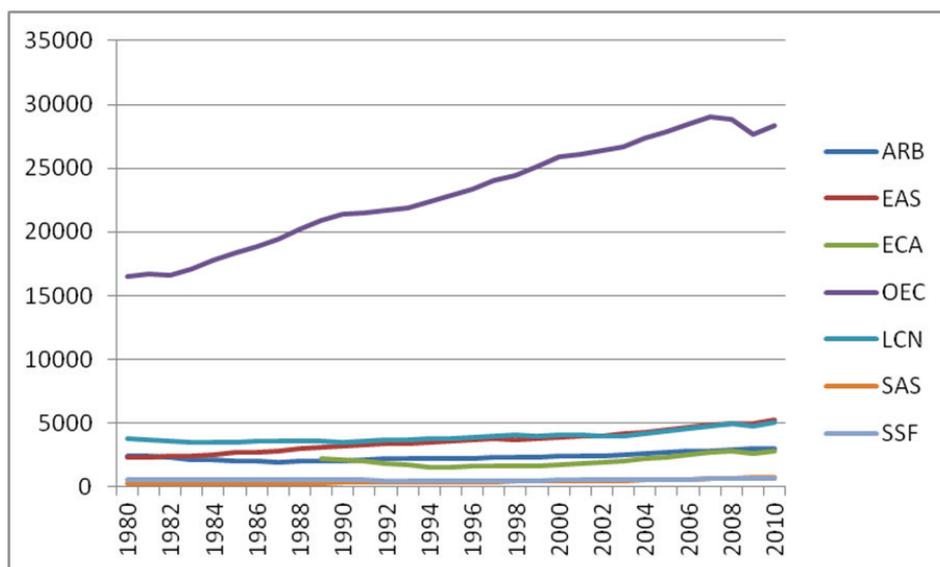
Trotz vergleichsweise sehr günstiger Ausgangsbedingungen, wie der geographischen Nähe zu Europa, der engen logistischen Vernetzung mit Afrika und Asien, weitgehender ethnischer Homogenität, der Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen Sprach- und Kulturraum, geringer Ausprägungsrate von epidemischen Krankheiten wie HIV/AIDS oder Malaria, und ergänzt durch die reiche Ausstattung der Region mit Energiereserven, konnte die Region des Nahen Ostens und Nordafrikas mit dem Entwicklungstempo anderer Entwicklungsregionen, insbesondere in Asien und Lateinamerika, nicht mithalten.

Die Abbildungen 1 und 2 zeigen das Pro-Kopf-Einkommen der arabischen Länder im Vergleich zu den OECD-Ländern (Abb. 1) bzw. anderen Entwicklungsregionen (Abb. 2) im Zeitverlauf.

lungshilfeszahlungen, Gastarbeiterüberweisungen oder andere staatliche und nichtstaatliche Zuwendungen; in Ägypten betrifft dies z.B. die Gebühreneinnahmen für die Nutzung des Suez-Kanals. Diese Ineffizienz ist jedoch tief in den bestehenden politökonomischen Strukturen verwurzelt und konnte bisher nicht nachhaltig überwunden werden (Brach 2009; 2010).

Obwohl die die arabischen Länder zunächst relativ gut und unbeschadet die internationale Finanzkrise überstanden hatten (Brach/Loewe 2010), wurde die geringe Leistungsfähigkeit der arabischen Ökonomien vollends offensichtlich, als 2009/2010 weltweit der Aufschwung nach der Krise wieder einsetzte und sie trotz ihrer guten Ausgangssituation international nicht aufholen konnten. Weder 2009 noch 2010 verzeichneten die arabischen Länder eine besonders hohe Binnennachfrage noch hohe Investitionsraten. Auch gab es keine innovative und zielgerichtete Strategie zur

Abbildung 1: Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens (in USD 2000) im Vergleich zur OECD



Quelle: Weltbank 2011;

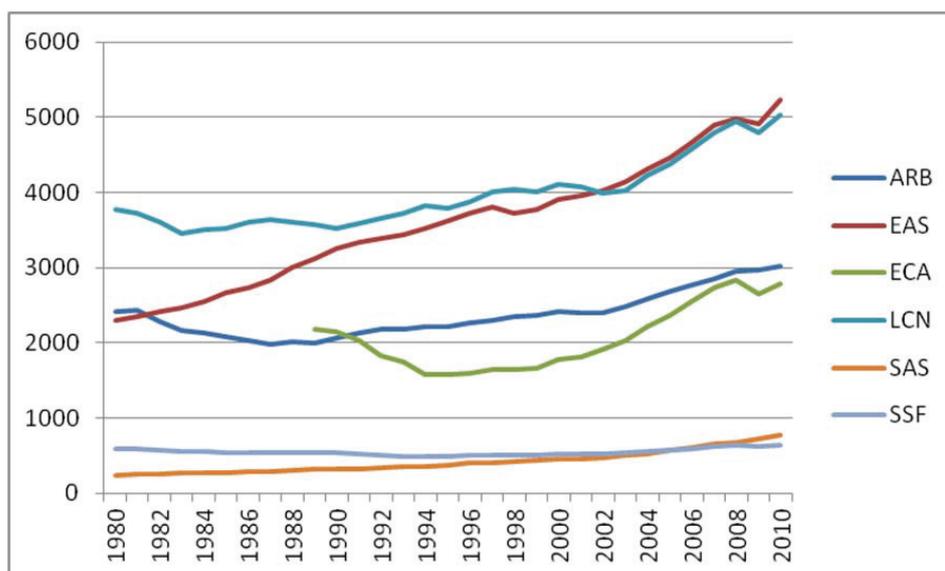
Hinweis: ARB=Arabische Länder, EAS=Ostasien, ECA=Osteuropa (nicht OECD), LCN=Lateinamerika und Karibik, SAS=Südasiens, SSF=Subsaharisches Afrika, OEC=Mitglieder der Organisation für Wirtschaftliche Kooperation und Entwicklung (OECD).

Dies liegt zum einen an der niedrigen Produktivität, der nach wie vor eingeschränkten internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Region und den geringen technologischen Kapazitäten. Hinzu kommen eine hochgradig ineffiziente Nutzung und Allokation der reichlich vorhandenen Ressourcen Arbeitskraft, Humankapital, Kapital und Bodenschätze sowie sämtlicher nichtproduktiver Kapitalzuflüsse in die Region wie etwa Entwick-

Aufwertung und Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von Produktionsgütern oder Dienstleistungen.

Hinzu kommt ein weiterer Faktor, der die Situation zusätzlich erschwert: ein rekordhohes Bevölkerungswachstum (Tab. 2). Anfang der 1980er Jahre hatte Ägypten weniger Einwohner als Westdeutschland. Gegenwärtig übersteigt die Einwohnerzahl Ägyptens die des wiedervereinigten Deutschlands.

Abbildung 2: Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens (in USD 2000) nach Entwicklungsregionen



Quelle: Weltbank 2011;

Hinweis: ARB=Arabische Länder, EAS=Ostasien, ECA=Osteuropa (nicht OECD), LCN=Lateinamerika und Karibik, SAS=Südasien, SSF=Subsaharisches Afrika, OEC=Mitglieder der Organisation für Wirtschaftliche Kooperation und Entwicklung (OECD).

Tabelle 1: Einkommensquellen der Länder der Region im Überblick

2009	Produktion			Dienstleistungen			Transferzahlungen	
	Netto-Energie Export %GDP	Netto-Lebensmittel Export %GDP	Industrielle Produktion (non-fuel) %GDP	Total %GDP	Tourismus % GDP	Transport % GDP	Gastarbeiter-transfers	Offizielle Entwicklungshilfe ^a
Kuwait	55,8a	-2,3 ^a	1,9 ^a	7,0 ^a	0,2 ^a	2,6 ^a	n.a.	n.a.
Libya	51,6	0,0	n.a.	0,3	0,1 ^a	0,1 ^a	0,0 ^a	0,1
Saudi-Arabia	44,3	-2,6	4,2	2,5	1,6	0,5	0,1	n.a.
Oman	40,2	-2,5	6,2	3,3 ^a	1,3 ^a	0,8 ^a	0,1 ^a	0,1
Qatar	38,3	-0,8	2,3 ^a	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Algeria	31,3	-4,5	0,5	2,2	n.a.	n.a.	n.a.	0,2
UAE	25,2	-1,9	3,7 ^a	3,6	2,8	0,8	n.a.	n.a.
Bahrain	21,9	-1,4	5,9 ^b	17,7	5,3 ^a	3,5 ^a	n.a.	n.a.
Yemen	13,6	-8,2	n.a.	4,1	3,3 ^a	0,2 ^a	13,9 ^a	1,1
Egypt	2,1	-2,8	5,9 ^a	11,3	5,7	3,6	16,3	0,8
Syria	0,4	0,3	8,7 ^a	7,2	6,2	0,3	7,2 ^a	0,2
Tunisia	-0,5	-0,8	27,5	13,2	7,0	4,0	7,9 ^a	1,2
Morocco	-7,0	-0,7	9,9	13,3	7,3	2,3	23,7	1,4
Lebanon	-10,3	-6,1	8,8	49,0	19,7	1,1	35,0	3,6
Jordan	-10,8	-6,0	18,6	18,4	12,8	3,5	33,0	3,3
MENA Ø	19,7	-2,7	8,0	10,9	5,6	1,8	13,7	1,3

Quelle: Weltbank 2011; World Development Indicators; eigene Darstellung.

Tabelle 2: Bevölkerungswachstumsraten in den arabischen Ländern

2008	Einwohner (Tausend)	Jährliches Bevölkerungswachstum %	Bevölkerungswachstum
VAE	4.485	5,46	341,78
Bahrain	776	2,92	123,51
Algerien	34.400	2,18	82,73
Ägypten	81.500	2,19	83,48
Iran	72.000	2,20	83,92
Jordanien	5.906	3,64	170,80
Kuwait	2.728	2,12	98,40
Libanon	4.194	1,48	50,60
Marokko	31.600	1,73	61,53
Oman	2.785	3,10	134,57
Qatar	1.281	6,39	458,25
Saudi-Arabien	24.600	3,43	156,61
Syrien	20.600	3,01	129,41
Tunesien	10.300	1,74	61,78
MENA Ø		2,97	145,53

Quellen: Eigene Berechnungen; World Development Indicators 2011.

Die ohnehin seit Jahren schlechte Arbeitsmarktlage spitzte sich seit Anfang der 2000er Jahre durch das rapide Bevölkerungswachstum dramatisch zu. Zusätzlich dazu haben seit 2007 die internationalen Folgen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise den Druck auf die Gesellschaften erhöht: In dieser Zeit verloren viele Arbeitnehmer ihre Arbeitsplätze im Ausland, insbesondere in den Golfländern, Europa und den USA, und kehrten in die Heimat zurück, so dass jetzt noch mehr Arbeitssuchende um eine stagnierende bzw. zurückgehende Anzahl von Arbeitsplätzen konkurrieren. Zum anderen haben sich die Möglichkeiten, im Ausland Arbeit und Anstellung zu finden, durch schärfere Einwanderungsregelungen in den USA und Europa seit 2001 deutlich verschlechtert. Somit trugen Ausmaß und Intensität der Wirtschafts- und Finanzkrise in den Zielländern der Arbeitssuchenden in erheblichem Maß dazu bei, dass den jungen, zunehmend gut ausgebildeten Absolventen von Bildungseinrichtungen in der arabischen Welt die Hoffnung genommen

wurde, zumindest im Ausland Arbeit und Auskommen zu finden.

Auch der Staat, der traditionell mit einer aktiven Beschäftigungspolitik bzw. flächendeckenden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen versucht, den Arbeitsmarkt zu entlasten, kommt als Arbeitgeber im großem Stil längst nicht mehr in Frage. Dies bekommen in erster Linie Absolventen von staatlichen Universitäten zu spüren. Sie haben das Studium unter der Voraussicht aufgenommen, als Absolventen einen Arbeitsplatz im Dienst jenes Staates zu erhalten, der sie ausgebildet hat. Nun stehen sie vor einem mehrfachen Dilemma: Der Staat stellt nicht mehr ein, mit den schlecht bezahlten Beamtenjobs ist kein guter sozialer Status mehr verbunden und materielle Sicherheit bzw. ein gutes wirtschaftliches Auskommen sind mit dem geringen Entgelt nicht mehr herzustellen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Privatwirtschaft die an staatlichen Universitäten erworbenen Fähigkeiten und Kompetenzen kaum nachfragt.

Unmut und Perspektivlosigkeit der jungen Generationen

Aus den genannten Gründen stehen die jungen Generationen gegenwärtig vor einer deutlich unsichereren wirtschaftlichen Perspektive als ihre Altersgenossen vor fünf oder zehn Jahren, und dies, obwohl diese Generation in der Regel – etwa durch längere und bessere Ausbildung im Ausland oder an internationalen Universitäten – besser qualifiziert ist als ihre Vorgänger. Darüber hinaus kann die heutige junge Generation wirtschaftlich und sozial nicht mehr in dem Maß von persönlichen Netzwerken und staatlichen Zuwendungen profitieren wie noch die Generation ihrer Eltern und Großeltern. Diese hatten sich quasi daran gewöhnt, dass der Staat einen – wenn auch bescheidenen – Ausgleich für fehlende Arbeitsplätze und niedrige Erwerbseinkommen bereit stellte.

Diese Chancen- und Perspektivlosigkeit hat nicht nur wirtschaftliche, sondern auch gesellschaftliche Folgen. Ein sozialer Aufstieg, die Gründung einer eigenen Familie und die Unabhängigkeit von den Eltern werden immer weiter nach hinten verzögert. Da in den autoritären politischen Systemen der Region kaum Möglichkeiten zur Partizipation beziehungsweise lediglich ein deutlich eingeschränkter Zugang zur politischen

Entscheidungsbeteiligung vorgesehen war und geduldet wurde, existierte auch das Recht auf Redefreiheit allenfalls in rudimentärer Form. Jede substantielle Kritik an den politischen Verhältnissen im eigenen Land war untersagt und regimiekritisches Handeln wurde mit repressiven Mitteln unterdrückt.

Da eine Verbesserung der Lebensverhältnisse durch politische Maßnahmen in absehbarer Zeit nicht zu erwarten war und es dennoch keine oder kaum Möglichkeiten gab, daran etwas durch eigenes gesellschaftliches, politisches oder unternehmerisches Engagement zu verändern, nahm angesichts der eigenen wirtschaftlich-finanziellen Perspektivlosigkeit bei gleichzeitiger politischer Ohnmacht die Unzufriedenheit sukzessive zu. Dies war schon seit Mitte 2009, d.h. bereits vor und nicht erst nach Beginn der Jasmin-Revolution in Tunesien, auch in Ägypten – vor allem in Studentenkreisen – deutlich zu spüren.

Der Unmut richtete sich deshalb zurecht direkt gegen das eigene politische Establishment und deren politische Machthaber – die Präsidenten Ben Ali (Tunesien) und Hosni Mubarak (Ägypten) –, die ihre Länder bis zu ihrem im Frühjahr 2011 erzwungenen Rücktritt 24 bzw. 30 Jahre lang ununterbrochen regiert hatten. Beide Präsidenten hatten unmittelbar über mehrere Jahrzehnte hinweg das Wohlergehen sowie die soziale, politische und wirtschaftliche Entwicklung in ihren Ländern geprägt und somit die vorherrschenden sozioökonomischen Verhältnisse bzw. (wirtschafts)politischen Versäumnisse und Misswirtschaft maßgeblich zu verantworten, ohne dafür jemals zur Rechenschaft gezogen worden zu sein.

Die neuen Möglichkeiten der (fast) grenzenlosen Kommunikation, die Mobiltelefone und Internet sowie virtuelle soziale Netzwerke bieten, vermittelten den Betroffenen das Gefühl, mit ihrem Ärger, Frust und Unmut nicht allein zu sein. Über Ländergrenzen hinweg entwickelte sich eine Welle der Solidarität. Da es keine andere Form der Mitbestimmung gab, blieb der zivile Ungehorsam, also die (friedliche) Demonstration, der einzige Ausweg.

Rasante Entwicklungen und hohe Erwartungen

Anfang des Jahres 2011 überschlugen sich dann die Ereignisse. Binnen weniger Tage wurden in Tunesien und Ägypten die Machthaber gestürzt.

Hosni Mubarak wurde zunächst unter Hausarrest und anschließend vor Gericht gestellt. Erstmals müssen sich seit August 2011 mit Hosni, Alaa und Gamal Mubarak sowie Habib El-Adly ein arabischer Ex-Präsident und seine Familie zusammen mit einem früheren Innenminister wegen Korruption, Veruntreuung staatlicher Gelder und – durch die Erteilung des Schießbefehls auf wehrlose, unbewaffnete Demonstranten – Anweisung zum Mord vor Gericht verantworten. Neuwahlen wurden binnen weniger Monate ausgeschrieben und werden aller Voraussicht nach auch planmäßig ab 28. November 2011 durchgeführt. Getragen von der schnellen Abfolge der Ereignisse sind die Erwartungen in der Bevölkerung sehr hoch: Es wird von unmittelbaren politischen Veränderungen und zeitnahen, deutlich spürbaren Verbesserungen der eigenen Lebensverhältnisse ausgegangen. Doch dabei wird übersehen, dass sich die bestehenden strukturellen wirtschaftlichen Probleme nicht über Nacht lösen lassen. Selbst nach Wiedererlangung einer gewissen politischen „Normalität“ entsteht nicht unmittelbar danach eine ausreichende Zahl von Arbeitsplätzen. Hier ist vor allem der Privatsektor gefordert, denn die Politik des Machterhalts, den sowohl der ehemalige tunesische als auch der ehemalige ägyptische Präsident verfolgten, hat – wirtschaftlich und letztlich auch politisch – in eine Sackgasse geführt. Die Staatsverwaltung ist überdimensioniert und weitgehend ineffizient.

Nachdem bisher der Wille zur Beendigung der bestehenden Verhältnisse als Hauptmotiv die Regimekritiker geeint hat, stehen nun der Vollzug und die Gestaltung des Wandels an. Grundsätzlich lassen sich zwei Phasen unterscheiden, in denen der Wandel von unterschiedlichen Teilen der Bevölkerung getragen und gestaltet wird: Phase I beinhaltet zunächst die Überwindung bestehender Machtgefüge und im Anschluss folgt in Phase II der Aufbau neuer Strukturen, d.h. die Gestaltung und Konsolidierung neuer Machtverhältnisse und Institutionen. Die Zeit vom Beginn der Demonstration bis zum Rücktritt Hosni Mubaraks kann man auch als Phase der schöpferischen Zerstörung bezeichnen. Diese Phase wurde vor allem von den Demonstranten auf dem Tahrir-Platz geprägt, die auf Offenheit, Transparenz und Meinungsfreiheit gedrungen hatten und in der Lage waren, Millionen Menschen zu mobilisieren. Zu Beginn versammelten sich dort hauptsächlich junge Leute, vor allem Studenten, Schüler und Ar-

beitslose, und im weiteren Verlauf wurden die Proteste von zahlreichen Individuen, insbesondere auch Auslandsägyptern, sowie Rückkehrern und zahlreichen Frauen unterstützt. Zuletzt versammelten sich die Menschen nicht nur in Kairo, sondern in allen größeren Städten des Landes und forderten gemeinsam, unabhängig von Alter, Religion, Geschlecht oder Einkommen das Ende der Ära Mubarak. Diese Demonstranten blieben und bleiben auch nach dem Sturz des Präsidenten ein wesentlicher Faktor. So war es zum Beispiel erst der Protest auf den Straßen, der den Militärrat dazu gezwungen hatte, das Wahlgesetz mehrfach zu revidieren.

Dennoch spielen jetzt in der zweiten Phase, d.h. seit dem Sturz des Präsidenten und mit der Übergabe der Staatsführung an den Militärrat, andere Akteure und damit auch ganz andere Teile der Bevölkerung als bisher bei der Definition und Gestaltung neuer Strukturen eine wichtige Rolle. Dazu gehören insbesondere die Mittelschicht, das mittlere und gehobene Beamtentum, das mittlere Management sowie Unternehmer, Richter und Anwälte und natürlich nicht zuletzt das Militär selbst.

Die engsten Vertrauten Hosni Mubaraks und die hochrangigsten Führungspersonen seines Regimes wurden bereits aus den Schlüsselpositionen entfernt und durch weniger regimenahe Personen ersetzt. Allerdings lassen sich gerade in Ägypten nicht alle Posten sofort neu besetzen. Zum einen fehlen geeignete, unabhängige Kandidaten, zum anderen wird es in den hinteren Reihen der ehemaligen Staats- und Wirtschaftsführung sehr schwierig sein, regimenahe rechtskräftig nachzuweisen. Dadurch bleiben auch die lähmenden politökonomischen Strukturen teilweise bestehen. Hinzu kommen divergierende Interessen innerhalb der Gesellschaft. Die Teile der Bevölkerung, die bis zuletzt von der volkswirtschaftlich unsinnigen und über Jahre und Jahrzehnte weitgehend unwirksamen Wirtschaftspolitik sowie von der Verteilungs- und Umverteilungspolitik des Mubarak-Regimes (z.B. durch die starke Subventionierung von Energie und Lebensmitteln) eine Anstellung und Alimentierung in staatlichen Betrieben, der Staatsverwaltung, der Polizei oder dem Militär profitiert haben, bangen um ihre Pfründe. Dazu gehören insbesondere auch substantielle Teile des Militärs und der Verwaltung.

Zur Zeit werden Mubarak-nahe Netzwerke gesellschaftlich stark kontrolliert und bisher gängige Praktiken der Vorteilsnahme und Bevorzugung

sind jetzt gesellschaftlich weit weniger akzeptiert und werden systematisch gehandelt. Die Situation wird dann kritisch, wenn die Bürgerinnen und Bürger realisieren, dass sich zwar ein Regime in wenigen Tagen stürzen lässt, die gewachsenen ökonomischen Probleme und die dadurch entstandene persönliche Perspektivlosigkeit dennoch kurzfristig nicht beheben lassen. Gleichzeitig wird durch Gerichtsprozesse, Aufarbeitung der Netzwerkbeziehungen und personelle Umstrukturierungen der Grad der Ungerechtigkeit und der (wirtschaftlichen) Chancenungleichheit immer offensichtlicher werden, ohne dass kurz- und mittelfristig Abhilfe geschaffen werden kann. Wirtschaftlicher Aufschwung ist der beste und wahrscheinlich wirksamste Garant für Stabilität und einen echten Neuanfang. Ansonsten droht die Gefahr, dass persönliche Netzwerke schnell wieder (re)aktiviert und toleriert werden, die dann auch in Zukunft volkswirtschaftliches Wachstum und Entwicklung in Ägypten behindern.

Der Umgang mit den Anhängern und Nutznießern des Mubarak-Regimes wird in der gesamten Region sehr genau beobachtet und sich auch auf andere Länder der Region auswirken. Ein wichtiger Punkt ist dabei die Auseinandersetzung mit der politischen Vergangenheit im eigenen Land. Der Gerichtsprozess gegen Hosni Mubarak verlief bisher fast mustergültig und weckt große Erwartungen, um den Rahmen vorzugeben, innerhalb dessen sich innergesellschaftliche Verteilungskämpfe in Zukunft abspielen werden.

Weichenstellungen bei offenem Ausgang

Der Wandel in Ägypten geht also tief und erschüttert die bestehende Gesellschaftsordnung. Dennoch hat der langwierige, schmerzliche und kräftezehrende Prozess der innergesellschaftlichen Auseinandersetzung gerade erst begonnen. Wo wollen wir hin? Wie wollen wir dies erreichen? Hier geht es darum, einen ganz eigenen gesellschaftlichen Konsens neu miteinander auszuhandeln, in dem die treibenden Kräfte sich bremsen und die Rückwärtsgewandten endlich den Vorwärtsgang einlegen. Im Vordergrund stehen dabei Macht, politischer Einfluss und wirtschaftliche Interessen und Privilegien.

In diesem Zusammenhang stehen sehr harte und zähe Verteilungskämpfe an, die weder medienwirksam inszeniert, noch binnen weniger Tage

gelöst werden können. Während in Ägypten mit dem Sturz von Hosni Mubarak der Prozess der Neuordnung also begonnen hat, ist nach wie vor auch hier bisher nicht sicher, ob sich letztlich die Kräfte der Veränderung behaupten und durchsetzen werden oder ob die Kräfte der Restauration siegen werden. Welche „Lösung“ in Ägypten gefunden wird, dürfte sich regional stark auswirken. Der Umgang mit dem alten Regime wird Schule machen. Welche neue politische Lösung auch immer sich abzeichnet, sie wird sich letztlich an ihrem Entwicklungskonzept sowie der Breitenwirksamkeit der politischen Teilhabe und des (wirtschaftlichen) Erfolges messen lassen müssen.

Angesichts der besonderen und dramatischen Situation wird national und international zur Zeit ein Hauptaugenmerk auf die politische Neuordnung gelegt. Dabei wird aber übersehen, dass die Proteste in Ägypten seit Anfang des Jahres weitgehend wirtschaftliche Ursachen hatten. Die Reformbewegung steht heute erst am Anfang ihres Weges. Ausdauer, Flexibilität, unternehmerische Fähigkeiten und Durchhaltevermögen sind nun gefragt. Es gilt, durch maßgeschneiderte, kompetente und zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik das innovative Potential in der Region zu aktivieren, um so Kapazitäten bei der Lösung der Probleme bei der Schaffung neuer, nachhaltiger Arbeitsplätze zu signalisieren.

Nach den schnellen Erfolgen steht Ägypten jetzt ein zäher und langwieriger Prozess der Konsolidierung und Umsetzung des politischen und ökonomischen Wandels bevor, der trotz hoher Erwartungen sehr lang andauern kann und bei dem sich schon jetzt erste Abnutzungserscheinungen der revolutionären Mobilisierungsfähigkeit abzeichnen.

Es gibt deutliche Anzeichen dafür, dass die Euphorie nachlässt und Frustration über den langsamen Fortschritt der Veränderungen seit Anfang 2011 sehr stark zunimmt. Als Indikatoren werden dafür nicht nur die gewaltsamen und blutigen Auseinandersetzungen, wie etwa die Zusammenstöße zwischen Militär und Zivilisten im Oktober 2011 in Kairo herangezogen, sondern auch der Ton der Berichterstattung in den Medien hat sich deutlich abgekühlt, wie z.B. aus aktuellen Berichten lokaler Zeitung wie Al-Masry Al-Youm und Al-Ahram oder Al-Jazeera hervorgeht.

Deutschland und die internationale Gemeinschaft sehen sich herausgefordert, diesen Prozess zu begleiten und zu unterstützen, aber nicht zu

bevormunden, und trotz kurzfristig negativer Folgen, wie der Zunahme von regionaler Unsicherheit und verstärkte Migration, die Umbrüche in der Region als Chance und nicht als Bedrohung wahrzunehmen. Dabei sind weniger die finanzielle Unterstützung als vielmehr der Transfer von sozialwissenschaftlichen Kompetenzen und Techniken zur Analyse und Gestaltung der gesellschaftlichen Prozesse entscheidend.

Literatur

Weltbank (2011), *World Development Indicators*, Washington, D.C., online: <<http://data.worldbank.org/indicator>>.

■ Die Autorin

Dr. Juliane Brach ist Juniorprofessorin an der Universität Kopenhagen und wissenschaftliche Mitarbeiterin am GIGA Institut für Nahost-Studien. Sie arbeitet gegenwärtig zu den Forschungsthemen wirtschaftliche Entwicklung, Innovation und Technologieanpassung in Entwicklungsländern, Technologietransfer in transnationalen Wertschöpfungsketten und EU-Nahost-Beziehungen.

E-Mail: <brach@giga-hamburg.de>, Webseite: <<http://staff.giga-hamburg.de/brach>>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Der GIGA Forschungsschwerpunkt 3 „Sozioökonomische Herausforderungen in der Globalisierung“ führt verschiedene Forschungsprojekte zur wirtschaftlichen Entwicklung von Entwicklungsländern durch. Das Forschungsteam „Innovation und Wachstum“ untersucht z.B. die Mechanismen und Strategien von Technologieanpassung und Technologietransfer im Nahen Osten und in Asien.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Brach, Juliane, und Markus Loewe (2010), The Global Financial Crisis and the Arab World: Impact, Reactions and Consequences, in: *Mediterranean Politics*, 15, 1, 45-71.

Brach, Juliane (2009), Technology, Political Economy, and Economic Development in the Middle East and North Africa, in: *Review of Middle East Economics and Finance*, 5, 3, 1-23.

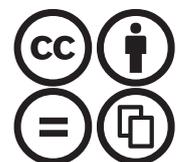
Brach, Juliane (2010), *Technological Readiness in the Middle East and North Africa – Implications for Egypt*, GIGA Working Papers, 155, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.

Fürtig, Henner (2011), *Präsidentensturz in Ägypten: Personal- oder Regimewechsel?*, GIGA Focus Nahost, 2, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Richter, Thomas (2010), *Tourismus – das Ei des Kolumbus für die arabische Welt?*, GIGA Focus Nahost, 4, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Henner Fürtig; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes

Lektorat: Silvia Bücke; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM